

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 12.2.2007

Sitzungsort: Sitzungszimmer II, A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.00 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Mengel

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke (FB 10) bis TOP 6

Schriftführerin:

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- | | | |
|-------|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm | CDU |
| CDU | <input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, F.J. | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Vogel | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Falkenstein | CDU |
| SPD | <input checked="" type="checkbox"/> Fischer | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Gerharz, Th. | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Hepp | CDU |
| bVb | <input type="checkbox"/> Pohl | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Pütz | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Rau | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Schumacher | CDU |
| FDP | <input type="checkbox"/> Simons | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |

Bürgermeister
Beigeordneter
Stadtkämmerer
GLB
- 01-

- | | | |
|-------------------------------------|-------------|-----|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Dr. Petran | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Heck | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Grafe | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Dr. Conen | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Jung | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Reinkemeier | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Salvador | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Vilkman | SPD |
| <input type="checkbox"/> | Wehrhahn | SPD |

- | | | |
|--------------------------|---------|-----|
| <input type="checkbox"/> | Baule | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Arth | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Bohlken | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Mainzer | bVb |
| <input type="checkbox"/> | Müller | bVb |

- | | | |
|--------------------------|-------------------|-------|
| <input type="checkbox"/> | Bortlisz-Dickhoff | Grüne |
| <input type="checkbox"/> | Niclasen | Grüne |
| <input type="checkbox"/> | Schönhütte | Grüne |
| <input type="checkbox"/> | Weber | Grüne |

- | | | |
|--------------------------|--------|-----|
| <input type="checkbox"/> | Brämer | FDP |
|--------------------------|--------|-----|

A) Öffentlicher Teil	3
1. Niederschrift vom 20.11.2006	3
2. Anregungen und Beschwerden gem.§ 24 GO NW	3
2.1 Sicherer Schulweg	3
hier: Antrag von Frau Veronika Kirch vom 11.1.07	3
Vorlage-Nr. 6/07	3
3. Organisations- und Effizienzuntersuchung der Gesamtverwaltung	3
hier: Mittelbereitstellung und weiteres Verfahren	3
Bezug: Rat 11.12.06	3
Vorlage-Nr. 33/05 ae und af	3
4. Mitteilungen	6
4.1 Lärmbelästigung durch Schienendefekte bei der Deutschen Bahn	6
4.2 Haushaltseinbringung 2007	6
4.3 Empfang des Landrates für die Tollitäten des Rhein-Erft-Kreises in Brühl	7
5. Anfragen	7
5.1 Turnhalle Brühl-Vochem	7
B) Nichtöffentlicher Teil	9
6. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen	9
Vorlage-Nr. 62/95 bo	9
---	9
7. Abschluss eines Wärmelieferungsvertrages für die Grundschule/offene Ganztagschule Brühl-Badorf	9
Vorlage-Nr. 24/03 al	9
8. Niederschlagung Benutzungsgebühren	9
Vorlage-Nr. 29/03	9
9. Niederschlagung einer Forderung	9
Vorlage-Nr. 4/07	9
10. Unbefristete Niederschlagung	10
Vorlage-Nr. 5/07	10

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Ratsherr Berg (SPD) beantragt, den TO-Pkt. 5 „Organisations- und Effizienzuntersuchung der Gesamtverwaltung“ in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Seine Fraktion könne die Notwendigkeit einer vertraulichen Beratung nicht erkennen.

Gegen den Vorschlag werden keine Einwände erhoben.

Der Hauptausschuss beschließt, den TO-Pkt. 5 in den öffentlichen Teil vorzuziehen.

- einstimmig -

1. Niederschrift vom 20.11.2006

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 20.11.2006 werden keine Einwände erhoben.

2. Anregungen und Beschwerden gem.§ 24 GO NW

2.1 Sicherer Schulweg
hier: Antrag von Frau Veronika Kirch vom 11.1.07
Vorlage-Nr. 6/07

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Verkehrsausschuss weitergeleitet wurde.

3. Organisations- und Effizienzuntersuchung der Gesamtverwaltung
hier: Mittelbereitstellung und weiteres Verfahren
Bezug: Rat 11.12.06
Vorlage-Nr. 33/05 ae und af

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob es richtig sei, dass die Mittel in Höhe von 100.000 € für die externe Begleitung zur Verfügung gestellt werden sollen, hier also ein Kausalzusammenhang bestehe.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) stellt fest, dass Validität sowie interne und externe Akzeptanz der Konsolidierungsvorschläge vom Lenkungsausschuss nicht sehr hoch bewertet worden seien. Auch der Moderator habe darauf hingewiesen, dass man mit den Ergebnissen kritisch umgehen müsse. So sei natürlich jeder für eine Senkung der Energiekosten; man müsse jedoch bedenken, dass hier zunächst ein erheblicher finanzieller Aufwand betrieben werden müsse.

Der relativ große Bereich der Reorganisation der Kunst- und Musikschule sei auf der Prüfschiene gelandet, obwohl gerade hier mit externer Hilfe dringend etwas unternommen werden müsse. Seine Fraktion habe von der Vorlage eigentlich mehr erwartet zu der Frage, wo die Reise hingehen solle. Um die 100.000 € sachgerecht einzusetzen, sei im Übrigen eine genaue Leistungsbeschreibung wichtig.

Abschließend stellt er in Frage, ob der Beschluss im Hinblick auf die wohl bestehenden urheberrechtlichen Probleme überhaupt in dieser Form gefasst werden könne.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) erinnert daran, dass der Moderator im Lenkungsausschuss von einer Summe von 30.000 € bis 40.000 € gesprochen habe. Nun sei bereits von 100.000 € die Rede. Dieser Betrag sei für seine Fraktion zu hoch, zumal sich einige Fachbereiche in Kenntnis der Ergebnisse bereits selbst um ein effizienteres und kostensparendes Handeln bemüht hätten. Diese Vorschläge könnten intern geprüft und mit eigenem Personal umgesetzt werden. Hierfür sei eine teure Hilfe von außen nicht notwendig.

Im Übrigen habe sich seine Fraktion gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der Fa. Krups ausgesprochen; die Gründe habe er ausführlich im Lenkungsausschuss dargelegt. Mit der Beauftragung des Bürgermeisters, den externen Begleiter auszusuchen, befürchte die bVb-Fraktion, dass wiederum Krups zum Zuge komme. Der Lenkungsausschuss habe sich außerdem für eine Ausschreibung ausgesprochen, die mit dem heutigen Beschluss ad acta gelegt werde. Seine Fraktion lehne den Beschlussvorschlag daher ab.

Bürgermeister Kreuzberg stellt klar, dass in der Anlage zur Vorlage genau das dargestellt sei, was im Lenkungsausschuss besprochen worden sei. Es handele sich um ein Ergebnis, das nun im Hauptausschuss beraten werden müsse. Auch die Prioritäten und die einzusetzende Summe seien im Lenkungsausschuss erarbeitet worden. Ob man das Geld vollständig ausgeben werde, werde sich noch herausstellen. Auch gehe es heute noch nicht um die Beauftragung einer externen Begleitung; vielmehr werde diese dem Hauptausschuss nochmals zur Entscheidung vorgelegt. Er als Bürgermeister werde lediglich Verhandlungen aufnehmen und die entsprechenden Ergebnisse nochmals vorstellen. Er könne daher nicht nachvollziehen, was man in dieser Phase bereits ablehnen wolle. Man komme hier weder in eine unternehmensspezifische Priorisierung noch werde durch den Beschluss ausgeschlossen, dass man gewisse Dinge auch in Eigeninitiative umsetzen könne. Selbstverständlich gebe es auch Projekte, die einer externen Begleitung nicht bedürften.

Zu den urheberrechtlichen Bedenken teilt er mit, dass nicht das Gutachten sondern nur die Ergebnisse weitergegeben würden. Der mit der Fa. Krups verabredete Teil sei geleistet, so dass formell alles korrekt abgewickelt worden sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass sich einige Fachbereiche z.Z. selbst Gedanken machten. Man müsse sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die ambitionierten Ziele methodisch nicht in Eigenregie umgesetzt werden könnten. Es müssten Multiplikatoren ausgebildet werden, die die entsprechenden Werkzeuge weiter geben müssten. Eine externe Begleitung sei daher auf jeden Fall notwendig; dies sei von Anfang an auch geplant gewesen.

Der vorliegende Beschluss lege lediglich die notwendigen Rahmenbedingungen fest. Es werde weder ein Startprojekt manifestiert noch ein konkreter Auftrag erteilt.

Ratsherr Berg (SPD) erklärt, dass seine Skepsis weiterhin bestehen bleibe, obwohl er positiv bewerte, dass der Vorschlag der Zusammenlegung der Heime und der Containerunterbringung vom Tisch sei. Demgegenüber sei negativ zu bewerten, dass betriebsbedingte Kündigungen noch nicht ausgeschlossen seien.

Hoch interessant sei, dass von den 19 Konsolidierungsvorschlägen nur 6 eine externe Akzeptanz und 2 eine interne Akzeptanz fänden. Noch interessanter sei, dass bei 9 der 19 Maßnahmen keine Validität bescheinigt worden sei. In diesen 9 Fällen gehe man anscheinend davon aus, dass das, was Krups sage, nicht schlüssig sei. Er frage sich daher, wie man ein solches Gutachten überhaupt noch umsetzen wolle. Da die Akzeptanz das Gütesiegel eines Gutachtens sei, sei er hier überaus skeptisch.

Schließlich halte er das Gutachten auch aus sich heraus für überholt, da es nach eigener Aussage nur als Gesamtpaket umsetzbar sei, da die einzelnen Maßnahmen in Abhängigkeit zueinander stünden. Man sollte sich s. E. schleunigst von diesem „Gutachten“ verabschieden und überlegen, wie man gemeinsam zu anderen Lösungen komme.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass die Einstufung der Validität auch immer etwas mit der inneren Einstellung zu tun habe. Es handele sich daher eher um ein Gefühl weit ab von der Realität. Wenn man sehe, wer dem Teilnehmerkreis angehöre, sei dies nicht erstaunlich.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) bestätigt, dass das Verfahren im Lenkungsausschuss auch aus seiner Sicht auswertungstechnische Mängel aufgewiesen habe. Dennoch sei es allgemein akzeptiert worden, so dass seine Fraktion hier zustimmen könne. Die zahlenmäßigen Auswertung sei nun mit einer subjektive Bewertung belegt worden. Von daher warne er vor solchen Interpretationen wie die der SPD-Fraktion.

Ihm persönlich gehe der Beschlussvorschlag sogar nicht weit genug; der Rat hätte s. E. ein ganz anderes Maß an Verantwortung übernehmen und wesentlich weitreichendere Vorschläge anpacken müssen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) hält die Interpretation der Ergebnisse ebenfalls für sehr gewagt. Allerdings vermisse auch er ein ausführliches Ergebnisprotokoll und hält die Anlage für sehr dürftig und nicht aussagekräftig.

Grund für den hier zu fassenden Beschluss sei die Tatsache, die sich auch in Gesprächen mit Mitarbeitern bestätigt habe, dass die Verwaltung weder die Kapazität noch das Rüstzeug habe um Projekte umzusetzen. Der Betrag in Höhe von 100.000 € sei daher durchaus angemessen und notwendig, um die Maßnahmen anzugehen. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) erinnert nochmals daran, dass Herr Dr. Müller zunächst nur von 30.000 € bis 40.000 € gesprochen habe. Erst später habe man die Befürchtung gehabt, dass die begleitenden Maßnahmen doch teurer würden. Darauf hin habe Herr Dr. Müller den Betrag auf 100.000 € korrigiert.

Bürgermeister Kreuzberg versteht den Betrag in Höhe von 100.000 € als absolute Höchstgrenze. Das Geld werde selbstverständlich nicht vollständig ausgegeben, wenn man mit weniger auskomme.

Ratsherr Berg (SPD) warnt davor, die mangelnde Validität auf das in seinen Augen seriöse und erfahrene Institut Dr. Müller zu schieben. Es handele sich eindeutig um das Ergebnis des Workshops.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) kritisiert, dass eine präzise Vorbereitung durch die Verwaltung fehle, deren Sachverstand viel zu wenig genutzt werde. So sei zum Beispiel die Einholung von Angeboten nur auf der Grundlage einer genauen Leistungsbeschreibung möglich, die aber fehle. Nach seinem Eindruck sei man mit dem ersten Gutachten jemandem aus der Szene „auf den Leim gegangen“. Deshalb sollte man jetzt wesentlich vorsichtiger an die Sache herangehen.

Abschließend macht er nochmals deutlich, dass seine Fraktion die immer noch geplanten betriebsbedingten Kündigungen nicht mittragen könne. Auch Herr Dr. Müller habe bestätigt, dass die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen das schlechteste Mittel sei, um eine Verwaltung dazu zu motivieren, kreativ an der Lösung der Probleme mit zu arbeiten.

Bürgermeister Kreuzberg stellt klar, dass man hier nicht von einer schlechten Vorbereitung durch die Verwaltung sprechen könne, da alles, was bisher passiert sei, nach dem Willen des Rates erfolgt sei.

Er warne ebenfalls davor, hier so von betriebsbedingten Kündigungen zu sprechen, als seien sie schon ausgesprochen. Man sei – aus welchen Gründen auch immer – noch weit davon entfernt, obwohl es sich um ein mögliches Instrument handele. Ob es aber tatsächlich zu Entlassungen komme, könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Schließlich gibt er zu bedenken, dass die Verwaltung, wenn sie Selbstheilungskräfte besitze, diese bereits in den letzten 50 oder 60 Jahren aufgebracht hätte. Es liege jedoch immanently im System, dass dies nicht funktioniere. Von daher brauche man hier externe Hilfe.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass man das Statement von Herrn Dr. Müller nicht unbedingt als Maxime erheben sollte.

Er wolle jedoch noch einmal klarstellen, dass ein externer Berater nicht die Art und Weise der Umsetzung eines Projektes vorschreibe. Es gehe vielmehr darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung so zu schulen, dass sie ihre Kenntnisse und Potentiale einbringen könnten um selbst Umsetzungsvorschläge machen zu können. Die Verwaltung müsse das nötige Rüstzeug erhalten, um selber kreativ zu werden. Dies sei die Zielsetzung der externen Unterstützung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, für die Umsetzung der Ergebnisse der Organisations- und Effizienzuntersuchung der Verwaltung der Stadt Brühl Haushaltsmittel im Haushalt 2007 (Sachkonto 54270) in Höhe von 100.000 € bereit zu stellen. Der Rat beauftragt den Bürgermeister, eine externe Begleitung bei der Umsetzung der ersten Projekte zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: 9 : 4

4. Mitteilungen

4.1 Lärmbelästigung durch Schienendefekte bei der Deutschen Bahn

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er sich mit einem Beschwerdebrief an die Bahn gewendet habe und verliert im Folgenden das Antwortschreiben. Die Vorwürfe einer mangelhaften Wartung und von schadhafte Schienenverbindungen werden von der Bahn zurückgewiesen. Nach nochmaliger Prüfung seien keine Mängel festgestellt worden.

Ergänzend teilt **Bürgermeister Kreuzberg** mit, dass sich die Bürgermeister der betroffenen Städte im März treffen würden um eine Resolution zu unterzeichnen. Er werde diesbezüglich den Hauptausschuss auf dem Laufenden halten.

4.2 Haushaltseinbringung 2007

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die vorgesehene Haushaltseinbringung aufgrund der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss nicht am 26. Februar sondern erst am 23. April 2007 erfolge. Die Hauptausschusssitzungen am 12. und 26. März würden aus diesem Grunde entfallen. Stattdessen sollen die Haushaltsberatungen im Hauptausschuss am 7., 14. und 21. Mai 2007 stattfinden. Vorgesehen ist die Verabschiedung des Haushaltsplanes dann am 18. Juni 2007.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) teilt mit, dass er am 21. Mai nicht in Brühl sei und daher an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne. Er fragt, ob nicht stattdessen eine Hauptausschusssitzung am 4. Juni 2007 stattfinden könne.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass dies nicht möglich sei, da er an diesem Tage nicht in Brühl sei. Wenn man allerdings mit den ersten beiden Hauptausschusssitzungen früh beginne, könne man evtl. auf eine 3. Sitzung verzichten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu bedenken, dass er am 7. Mai nicht vor 17.00 Uhr im Rathaus sein könne. Am 14. Mai sei ihm eine frühere Teilnahme möglich.

Bürgermeister Kreuzberg hält fest, dass die Hauptausschusssitzung am 7. Mai um 17.00 Uhr und die HA-Sitzung am 14. Mai um 14.00 Uhr beginnen könne. Die endgültige Entscheidung über die Uhrzeit könne man evtl. aber auch nach der ersten Sitzung noch treffen.

4.3 Empfang des Landrates für die Tollitäten des Rhein-Erft-Kreises in Brühl

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er wegen des Empfanges nicht an der PStA-Sitzung teilnehmen könne.

5. Anfragen

5.1 Turnhalle Brühl-Vochem

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (bVb) fragt nach dem Sachstand.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Pläne in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses vorgestellt würden.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) berichtet von einer Fernsehsendung im WDR, in der eine neue Methode zur Sanierung dargestellt worden sei. Wenn er sich richtig erinnere, habe es sich um eine vergleichbar konstruierte Turnhalle in Wiehl gehandelt. Dort sei die Maßnahme erfolgreich umgesetzt worden.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.